



Washington News

Nr. 1 vom 10. Januar 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Shutdown betrifft handelsrelevante Behörden**
- **GLOBAL: Handelsagenda 2019**
- **Neue Ausschussvorsitzende im US-Kongress**
- **GLOBAL: EU-Handelskommissarin zu Besuch in Washington**
- **USA vergrößern Einfluss auf die Weltbank**
- **Kongress überprüft Sanktionsaufhebungen**
- **GLOBAL: USA und China führen Handelsgespräche weiter**
- **GLOBAL: Von Section 301 ausgenommene Produkte**
- **GLOBAL: BDI Grundsatzpapier zu China**

Diese Woche in Washington

Der Shutdown der Regierung zieht sich weiter hin. Nachdem Präsident Trump ein Treffen mit den führenden Demokraten im US-Kongress, Nancy Pelosi (D-CA) und Chuck Schumer (D-NY), verlassen hat, scheint eine einvernehmliche Lösung in die Ferne gerückt zu sein. Trump beharrt darauf, dass der Haushalt für 2019 über 5,7 Milliarden US\$ für den Bau einer Beton- oder Stahlmauer an der Grenze zu Mexiko beinhaltet. Dies lehnen die Demokraten kategorisch ab. Präsident Trump ist heute nach Texas gereist, um sich vor Ort ein Bild von der Situation an der südlichen US-Grenze zu machen.

In seiner jährlichen *State of the American Business*-Ansprache hat der Präsident der *US Chamber of Commerce* Tom Donohue mehrere Prioritäten genannt, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes ausschlaggebend seien. Hierunter fielen unter anderem ein besseres Bildungssystem, eine geregelte Zuwanderung, massive Investitionen in die Infrastruktur und das Festhalten am Freihandel sowie den damit verbundenen internationalen Organisationen. Die allgemeine wirtschaftliche Lage beschrieb er als optimistisch. Die Arbeitslosigkeit sei gering und eine Rezession nicht in Sicht. Er lobte die jüngste Steuerreform, übte aber Kritik an der Migrationspolitik und der Strategie der Administration im Handelskonflikt mit China.

An seinem letzten Tag als Vorsitzender des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus hat Kevin Brady (R-TX) einen [Gesetzentwurf](#) zur Korrektur von Formulierungsfehlern und anderer technischer Probleme im Rahmen der Ende 2017 verabschiedeten Steuerreform vorgelegt. Der Gesetzentwurf würde unter anderem Korrekturen an den Vorschriften zur Besteuerung von Kleinunternehmen, *Real-Estate-Investment-Trusts* (REIT) und internationalen (Rück-) Versicherungen vornehmen. Es ist

Kurzmeldungen

Kongress überprüft Sanktionsaufhebungen

Am 19. Dezember hatte das US-Finanzministerium eine mögliche Aufhebung der Sanktionen gegen drei von den russischen Oligarchen Oleg Deripaska kontrollierten Unternehmen (EN+, Rusal, JSC EuroSibEnergo) bekannt gegeben. Nun hat der Kongress bis zum 17. Januar Zeit, um diese Entscheidung zu überprüfen. Diese Woche haben die Vorsitzenden von sieben Ausschüssen im Repräsentantenhaus einen [Brief](#) an US-Finanzminister Steven Mnuchin gesendet, in dem sie ihre Sorgen äußern. Sie fordern ein Briefing sowie eine Verzögerung bei der

fraglich, ob der neue Vorsitzende Richard Neal (D-MA) diesen Gesetzentwurf aufnehmen wird.

Auch der Senat hat den letzten Tag des 115. Kongresses genutzt, um über 60 Nominierungen für Posten der Administration zu bestätigen. Unter anderem wurden mehr als 20 Botschafter (hierunter der zukünftige US-Botschafter in Australien Arthur Culvahouse Jr.) und Steve Dillingham als neuer Chef des US Census Bureau bestätigt. (cs/ch)

Shutdown betrifft handelsrelevante Behörden

Auch wenn der US-Handelsbeauftragte (USTR) Gespräche zu potenziellen Handelsabkommen derzeit fortsetzt, sind andere handelsrelevante Ministerien und Behörden vom anhaltenden Shutdown der US-Bundesregierung betroffen. Das US-Handelsministerium (DOC) hat die Bearbeitung der Anträge von Unternehmen eingestellt, von den *Section 232*-Zöllen auf Stahl- und Aluminium ausgenommen zu werden. Die auf den 15. März festgelegte Frist für die Einreichung eines Berichts zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des neuen Freihandelsabkommens mit Mexico und Kanada (USMCA) ist voraussichtlich gefährdet, da die Internationale Handelskommission (USITC) geschlossen ist.

Die temporäre Schließung weiter Teile der Regierung erschwert auch die Bemühungen des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA), die Unterstützungsanträge von Landwirten und Viehzüchtern zu bearbeiten, die von Vergeltungszöllen auf landwirtschaftliche Produkte betroffen sind. Seit dem „Shutdown“ wurden keine entsprechenden Anträge mehr bearbeitet. Die ursprünglich auf den 15. Januar festgesetzte Bewerbungsfrist wurde verlängert.

Das US-Finanzministerium ist teilweise geschlossen. Die für Sanktionen zuständige Behörde *Office of Foreign Assets Control* (OFAC) arbeitet allerdings mit begrenzten Kapazitäten weiter. OFAC verwaltet weiterhin die bestehenden Sanktionen und kann bei Bedarf neue Sanktionen umsetzen. OFACs Kommunikation mit anderen Ressorts ist eingeschränkt. Personen und Unternehmen müssen dementsprechend mit längeren Wartezeiten auf Antworten bezüglich Lizenzanträgen und anderen Anfragen rechnen. (ch)

GLOBAL: Handelsagenda 2019

Mit der ersten Kabinettsitzung im neuen Jahr hat Präsident Trump unterstrichen, an seiner bisherigen Handelsagenda festzuhalten. Es sei unfair, dass Autos quasi steuerfrei in die USA importiert, US-Autos aber mit hohen Zöllen im Ausland belegt würden. Der Präsident deutete an, weiterhin *Section 232*-Zölle für Autoimporte in Erwägung zu ziehen. Dass die bisherigen 232-Zölle im Zusammenhang mit dem jüngsten

Aufhebung der Sanktionen. Im Senat hat der Minderheitenführer Chuck Schumer (D-NY) eine [Resolution](#) vorgelegt, die die vorgeschlagene Aufhebung der Sanktionen ablehnt. In einem [Statement](#) erklärt Schumer, dass die zuständigen Senatsausschüsse die Details noch überprüfen. (ch)

GLOBAL: USA und China führen Handelsgespräche weiter

Unterhändler der USA und China haben die Gespräche zu einer Lösung des Handelskonflikts zwischen beiden Ländern fortgeführt. Seitens des US-Handelsbeauftragten (USTR) heißt es, dass China zugestimmt hat, eine bedeutende Menge von US-Produkten in den Bereichen Agrar, Energie und verarbeitendem Gewerbe zu kaufen. Themen wie geistiges Eigentum, Marktzugang oder Chinas wirtschaftliche Struktur sollen in den Gesprächen nicht diskutiert worden sein. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer und der chinesische Vizepremier Liu He wollen die Gespräche Ende Januar weiterführen. (kw)

GLOBAL: Von Section 301 ausgenommene Produkte

Das Büro des US-

Börsenabschwung stehen könnten, schloss er aus. Die Börse werde einen 30-prozentigen Aufschwung erleben, sobald er Handelsabkommen mit China und anderen Ländern verhandele, so Trump. Er zeigte sich optimistisch, dass die USA und China eine Lösung für ihren gegenwärtigen Handelskonflikt finden.

Unterdessen hat sich der neue Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat, Chuck Grassley (R-IA), offen dafür gezeigt, die Vollmachten des Präsidenten bezüglich *Section 232* per Gesetz zu beschneiden. Im Repräsentantenhaus richtet sich derweil das Augenmerk auf die wiedergewählte Sprecherin Nancy Pelosi (D-CA), deren taktische Manöver unter George W. Bush und Barack Obama den Prozess zur Verabschiedung der Handelsabkommen mit Panama, Kolumbien und Süd-Korea sowie das Trans-Pacific Partnership deutlich verzögerten. Beobachter gehen davon aus, dass Pelosi hinsichtlich des Handelsabkommens zwischen den USA, Kanada und Mexiko (USMCA, vormals NAFTA) ähnlich taktieren wird, um einen schnellen Erfolg für die Administration zu verhindern. Der Präsident seinerseits hat bereits den Rückzug aus dem Abkommen angekündigt, sollte es nicht vom Kongress verabschiedet werden. (cs)

Neue Ausschussvorsitzende im US-Kongress

Mit 220 von 435 Stimmen wurde Nancy Pelosi (D-CA) zur Sprecherin des Repräsentantenhauses gewählt. Eine ihrer ersten Handlungen war es, die Abgeordneten des 116. Kongresses zu vereidigen. Im Senat wurde die entsprechende Zeremonie von US-Vize-Präsident Mike Pence durchgeführt.

Mit ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus haben die Demokraten die Vorsitze aller Ausschüsse inne. Der einstimmig gewählte neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Eliot Engel (D-NY), hat in einer Mitteilung betont, sein Arbeitsschwerpunkt sei die Stärkung der ausländischen Bündnisse des Landes, insbesondere der NATO. Der neue Vorsitzende des *Ways and Means Committee*, Richard Neal (D-MA), betonte, er wolle in seiner Arbeit sicherstellen, dass Arbeiterfamilien und Kleinunternehmen von einem gerechten Steuersystem profitieren. Die Infrastruktur gelte es zu erneuern. Die Privatisierung staatlicher Versicherungsleistungen lehne er ab. John Yarmuth (D-KY) steht ab sofort dem Haushaltsausschuss vor. Yarmuth hat angekündigt, die Steuereinnahmen zu steigern, unter anderem mit einer Erhöhung des Unternehmenssteuersatzes von 21 auf bis zu 28 Prozent.

Im mehrheitlich republikanisch geführten Senat hat Jim Risch (R-ID) den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses übernommen, nachdem Bob Corker nicht mehr zur Wiederwahl als Senator angetreten war. Von republikanischer Seite kommen die Senatoren Mitt Romney (R-UT), Lindsey Graham (R-SC) und Ted Cruz (R-TX) als neue Mitglieder in den Ausschuss hinzu. Neuer Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat ist Chuck Grassley (R-IA). Er löst Orrin Hatch ab. (cs)

Handelsbeauftragten (USTR) hat eine Liste mit 30 Produkten veröffentlicht, die von den 25-prozentigen Zöllen auf chinesische Importe im Wert von 34 Milliarden US\$ ausgenommen werden. Die Liste findet sich im *Federal Register* [hier](#). (cs)

GLOBAL: BDI Grundsatzpapier zu China

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat am 10. Januar in Berlin das Grundsatzpapier [„China – Partner und systemischer Wettbewerber - Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?“](#) veröffentlicht. In 54 Forderungen werden die Bundesregierung und die EU-Kommission aufgefordert, den wachsenden Herausforderungen mit der staatlich geprägten chinesischen Volkswirtschaft zu begegnen. Die EU müsse im Wettbewerb mit China gestärkt werden. (cs)



GLOBAL: EU-Handelskommissarin zu Besuch in Washington

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat sich am Dienstag mit dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer getroffen, um über Möglichkeiten der gegenseitigen Marktöffnung zu sprechen. Die Gespräche konzentrierten sich erneut auf potenzielle *Section 232*-Zölle der USA auf EU-Automobilimporte sowie den Agrarsektor, insbesondere auf den Kauf von US-Sojabohnen durch die EU. Malmström betonte allerdings, dass der Agrarsektor nicht Verhandlungsgegenstand eines EU-US-Abkommens werden kann. Aus dem US-Kongress werden indes Stimmen lauter, zum Beispiel von US-Senator Chuck Grassley (R-IA), die eine EU-Marktöffnung für landwirtschaftliche Produkte fordern. Malmström und Lighthizer trafen sich zudem mit dem japanischen Wirtschaftsminister Hiroshige Seko, um trilateral die WTO-Reform und die handelspolitischen Praktiken Chinas zu thematisieren.

US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross hat unterdessen bekannt gegeben, dass die Untersuchungen bzgl. der Erhebung von 232-Zöllen auf Autoimporte aus Gründen der nationalen Sicherheit der USA, bis zum 17. Februar abgeschlossen sein sollen. (kw)

USA vergrößern Einfluss auf die Weltbank

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Kapitalausstattung der Weltbank hängt von den Geberländern ab. Den entwicklungspolitischen Kurs der Weltbank bestimmen 187 Länder, die an ihr Anteile halten. Aus dieser multilateralen Eigentümerstruktur heraus erwachsen jedes Jahr von neuem teilweise kontrovers geführte Diskussionen über künftige Projektarten sowie über Regionen und Länder, mit denen über Finanzierungen zu unterschiedlichen Konditionen verhandelt wird. Größter Anteilshalter und das wichtigste Geberland für Kapitalaufstockungen sind die USA. Das Weiße Haus nutzt das für außenpolitische Ziele. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

